

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2004



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Harald Berzl
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Leipziger Straße 61
10117 Berlin
Tel./Fax: 030 - 208 24 19
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Harald
Berzl, Violetta Hartmann,
Gaby Heise, Maren Jasper,
Kurt Lehner, Erwin Loß-
mann, Heiko Müller-Nick,
Sebastian Nowakowski,
Peter Pawlowski, Christian
Platzer, Martina Rozok,
Christoph Santl, Henner
Schmidt, Tim Stuchtey,
Sascha Tamm, Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Peter Altmiks, Anno
Blissenbach, Otto Lampe,
Rainer-Michael Lehmann,
Udo von Massenbach, Dirk
Niebel, Michael Vodnitskiy

Leserbriefe

Gunnar Bergmann

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
ihres Autors wieder, nicht
die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2004

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,
in ein paar Monaten wird in Deutschland der Staat uneinge-
schränkten und perfekt organisierten Zugriff auf private Bankda-
ten haben, wie es das in keinem anderen Land der Welt außer
Nordkorea gibt; selbst das SED-Politbüro hätte Hans Eichel be-
neidet. Möge es uns ein weiterer Ansporn für die Wahlkämpfe des
Jahres 2006 sein.

Auf den Wahlkampf in Berlin sind wir jedenfalls vorbereitet –
einstimmig (!) verabschiedete am 27. November der Landespartei-
tag der Hauptstadt-FDP 100 Seiten „Berliner Freiheit“, unsere
Vision von der Stadt: Politik als Kunst des Gestaltens richtiger
Rahmenbedingungen für eine liberale Bürgergesellschaft, nicht als
staatliche Planung und Verwaltung.

Viel Lob verdient sich der Landesvorstand auch im Bereich der
Kommunikation: So wird mit dem Projekt einer nach außen ge-
richteten Quartalszeitung „Berliner Freiheit“ (BFQ), welche in
großer Auflage gesteckt werden soll, vorbildlich der kontinuierliche
direkte Kontakt der Liberalen mit den Bürgerinnen und Bür-
gern gesucht, und mit der Eröffnung eines Mitglieder-internen
Diskussionsforums auf der Webseite www.fdp-berlin.de ein viel-
fach gewünschtes Forum geschaffen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Freiheit ist das wichtigste
Gut, damit Menschen ihr
Leben in Würde gestalten
können. Höchstes Ziel und
oberste Pflicht der liberalen
Bürgergesellschaft ist es,
größtmögliche Freiheit zu
schaffen und zu erhalten.

„Berliner Freiheit“

Lagebericht des Vorsitzenden

Zum Jahreswechsel

von *Harald Berzl*

Schon wieder ist bald ein Jahr vergangen. Das Jahr 2004 nähert sich mit großen Schritten seinem Ende. Bald ist Weihnachten und in der jetzt besinnlichen Adventszeit gibt es immer Anlaß zur Rückschau auf das zurückliegende Jahr.



Der Bezirksverband Mitte kann stolz und zufrieden auf das zurückliegende Jahr blicken. Wir haben gemeinsam viel erreicht. Da ist zum einen die hervorragende Leistung der BVV-Fraktion. Ihre Arbeit wird über die Fraktionsgrenzen hinweg wegen der hohen Sachkompetenz ihrer Mitglieder geschätzt. Ich möchte daher Corvin Tolle, Violetta Hartmann und Peter Pawlowski für ihre Unermüdlichkeit danken. Nicht zuletzt jedoch dem Fraktionsvorsitzenden Henner Schmidt, der die Fraktion zusammenhält und wesentlich für die Außenwirkung beigetragen hat. Dies war ein wichtiger Beitrag für die Außenwirkung der FDP-Mitte als Ganzes und hat uns allen gut getan.

Unser Mitgliedermagazin Liberal Central kann sich sehen lassen. Es ist eine hoch angesehene Mitgliederzeitung, die dank des Chefredakteurs Nils Augustin stets im Fokus des Interesses – auch über den Bezirk Mitte hinaus – steht.

Wir haben es geschafft, dass drei hervorragende Mitglieder aus dem Bezirksverband in den Landesvorstand entsandt werden konnten und dort auch für die qualitativ hochwertige Fachkompetenz des Bezirksverbandes Mitte stehen. Ich danke Gabriele Heise, Maren Jasper und Dr. Tim Stuchtey für ihren Einsatz – auch um die Interessen des Bezirksverbandes auf der Landesebene. Ich möchte auch die vorzügliche Präsenz des Bezirksverbandes Mitte in den einzelnen Landesfachausschüssen hervorheben.

Der Bezirksverband Mitte konnte interessante Veranstaltungen durchführen. So zum Beispiel die Umwelt-Gesprächsreihe, die von Maren Jasper begleitet wurde. Wir haben in Mitte einen erfolgreichen und guten Europa-Wahlkampf gemacht, der von Dr. Heiko Müller-Nick organisiert wurde. So konnten wir dank Nils Augustin erstmals und extrem preisgünstig unsere Wahlwerbung auf gängige Großplakatflächen anbringen lassen und keine „Wesselmänner“ eingesetzt, was die Kosten erheblich senken konnte. Unsere Wahlkampf-Kompetenz konnten wir

auch, organisiert von Erwin Loßmann, im Landtags-Wahlkampf von Brandenburg einbringen.

Der Bezirksverband hat einen vorbildlichen Neumitglieder-Abend, der von Peter Pawlowski, Nils Augustin und Henner Schmidt vorbereitet wurde, durchführen können. Eine solche Veranstaltung sollte jedes Jahr stattfinden.

Der Bezirksverband kann auch auf lebendige, konstruktive und programmatisch fordernde Bezirksausschuss-Sitzungen im Jahr 2004 zurückblicken, die vom Sprechergremium – Herr Dr. Lehner und Frau Dr. v. Seyfried – professionell geleitet wurden und die gerade in der Antragsberatung zeigten, wie engagiert die Delegierten und die Antragsteller in Mitte sind.

Wir haben nun auch eine sehr ansprechende neue Webseite des Bezirksverbandes im Internet, die von Ingo Kamps betreut wird.

Sehr erfreulich war für den Bezirksvorsitzenden das geschlossene und konstruktive Auftreten der Mitte-Delegierten auf Landesparteitagen und Landesausschusssitzungen. Die Vorbereitungen in den Delegiertenbesprechungen war stets von großem Engagement und Interesse geprägt.

Die BVV-Fraktion hat mit der "Aktion Müllerstrasse" für eine große überregionale Medienbeachtung gesorgt (BILD-Zeitung). Auf Initiative von Dr. Tim Stuchtey hat sich der Bezirksverband Mitte in der Betroffenenvertretung „Spandauer Vorstadt“ engagiert und Nils Augustin konnte in die Betroffenenvertretung „Spandauer Vorstadt“ gewählt werden.

Hervorheben möchte ich noch das Engagement aus Mitte für das Grundsatzprogramm „Berliner Freiheit“, in dem aus Mitte zu verschiedenen Einzelkapiteln von Dr. Tim Stuchtey, Maren Jasper, Madeleine Voigt, Katja von Maur – um nur einige zu nennen – Beiträge eingebracht wurden, die nun dieses Programm maßgeblich mitgestaltet haben.

Über diese hervorragende Bilanz freut sich nicht nur der verantwortliche Bezirksvorsitzende, sondern es sollte uns alle auch ein bisschen stolz über das Erreichte machen. Die Bilanz ist aber für uns alle Verpflichtung, dass wir für das nächste Jahr diesen Standard halten und weiter ausbauen wollen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle für Ihr Interesse an der Arbeit des Bezirksverbandes Mitte im Jahr 2004 danken und wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2005.

Harald Berzl (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Kommentar aus Mitte

Die ordnungspolitische Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft

von *Peter Altmiks*

Was kennzeichnet die Soziale Marktwirtschaft?

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein marktwirtschaftliches System, bei dem die Ergebnisse marktwirtschaftlicher Prozesse durch Staatseingriffe korrigiert werden, weil die Annahme zugrunde liegt, die Marktergebnisse seien zwar leistungs- aber nicht sozial gerecht. Die Forderung des Ordoliberalismus nach staatlicher Gewährleistung einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung wird aufgegriffen. Allerdings ist die Soziale Marktwirtschaft kein in sich geschlossenes Konzept, welches den wirtschaftspolitischen Akteuren eindeutige Vorgaben gibt. Eine Wirtschaftspolitik dieser Art läuft immer Gefahr, wachsende soziale Ansprüche befriedigen zu wollen und dabei die Erbringung der notwendigen wirtschaftlichen Leistung in den Hintergrund treten zu lassen. Ludwig Erhard war aber überzeugt, dass sich Markteinkommen sowohl leistungs- als auch sozial gerecht gestalten lassen. Somit wird Umverteilung als politisches Prinzip überflüssig. Unter strenger Beachtung des Subsidiaritätsprinzips können dann nur die wirklich Leistungsunfähigen unterstützt werden.

Haben wir die soziale Marktwirtschaft in ihrer ursprünglichen Idee verwirklicht?

Nein. Dem ursprünglichen Modell der sozialen Marktwirtschaft wurden in den nachfolgenden Jahrzehnten Elemente hinzugefügt, die einerseits in der katholischen Soziallehre begründet waren und andererseits sozialdemokratischem Umverteilungsdenken entsprachen. Dies hat dazu geführt, dass heute 41 Prozent der wahlberechtigten Bürger ihr hauptsächliches Einkommen als Sozialtransfers vom Staat bekommen, wobei die mitfinanzierten Familienmitglieder noch nicht berücksichtigt worden sind. Nicht nur dass die Finanzierung dieser Sozialtransfers über hohe Steuern und Abgaben die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mittlerweile ernsthaft bedroht, sondern es werden falsche Anreize gesetzt, die

massiv Arbeitsplätze vernichten. Der Staat kujoniert die Bürger nicht nur mit hohen und wachstumsgefährdenden Abgaben, sondern er macht den privaten Unternehmen auch Konkurrenz in Form von Lohnersatzleistungen, wie z. B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder auch Frührenten.



Die hohe staatliche Aktivität in der Volkswirtschaft verstößt gegen die ordnungspolitische Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft. Während andere Industriestaaten den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren gesenkt haben, erreicht er in Deutschland immer noch mehr als 48 Prozent. Im Vergleich zu anderen Ländern fließt so ein überproportional hoher Anteil des BIP in Einkommenstransfers und Subventionen.

Verträgt sich die Soziale Marktwirtschaft mit liberalen Ideen?

Ja. Der Ordo-Liberalismus betont den Schutz wirtschaftlicher

Freiheit durch die staatliche Ordnung. Mittels einer marktkonformen rechtlichen Rahmenordnung stellt der Staat den Wettbewerb erst vollständig her, um den der Marktwirtschaft inhärenten Selbstzerstörungstendenzen, z. B. Kartelle und Monopole, entgegen zu wirken. Diese Idee lässt sich idealerweise mit der Sozialen Marktwirtschaft verbinden.

Die dringend notwendigen Reformen können ergo in einem konsistenten ordnungspolitischen Rahmen erfolgen. Vor allem bedeuten durchgreifende Reformen nicht den Untergang, sondern die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Eine neue Soziale Marktwirtschaft muss stärker auf die Grundausstattung der Bürger zielen. Eingriffe und Aktivitäten des Staates dürfen nur erfolgen, wenn sie zwingend ordnungspolitisch begründet werden können, z. B. bei partiellem oder totalem Marktversagen. Wir sollten nicht zulassen, dass Umverteilungs- und Gleichheitsideologen einen künstlichen Gegensatz zwischen Sozialer Marktwirtschaft sowie dem „Sozialen“ überhaupt und liberaler Reformpolitik aufbauen. Durchgreifende Reformen bewahren die Soziale Marktwirtschaft vor dem Bankrott und sichern Ihr überhaupt erst eine Zukunft.

Dr. Peter Altmiks ist Mitglied im OV Oranienburger Tor

Gastkommentar

Droht uns der Hartz-Infarkt?

von *Dirk Niebel*

Die Bundesregierung hat vier Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt verabschiedet. Sie sollen zu einer effektiveren Verwaltung der Arbeitslosigkeit führen, die Verschwendung von Steuern und Beitragsgeldern verhindern und gleichzeitig Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen. Nachhaltige Veränderungen für den ersten Arbeitsmarkt oder mehr Arbeitsplätze sind nicht zu erwarten, weil nicht gleichzeitig die notwendigen steuer-, arbeits- und tarifrechtlichen Reformen beschlossen wurden.

Ich bezweifle, dass Personal-Service-Agenturen, Ich-AG, Minijobs und Ein-Euro-Jobs tatsächlich positive Auswirkungen haben. Bisher wurde nicht mehr Beschäftigung erreicht, sondern nur eine Entlastung der Arbeitslosenstatistik, die trotzdem monatliche Höchststände seit 1990 aufweist. Die Arbeitslosenstatistik bildet nicht das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit ab, weil mehrere hunderttausend Teilnehmer in Maßnahmen der Weiterbildung, Arbeitsbeschaffung und Frühverrentung nicht erfasst werden. Ab Januar kommen noch die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger dazu.

Hartz IV, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, hat gravierende Folgen für die erwerbsfähigen Leistungsempfänger. Für die meisten ALG II-Empfänger und ihre Angehörigen werden die Arbeitsagenturen zuständig sein. Die FDP - und ursprünglich auch die Union - wollten die Betreuung der Langzeitarbeitslosen den Kommunen übertragen, die die notwendige Erfahrung haben. In kommunalen Jobcentern sollten alle Kompetenzen koordiniert werden, die zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit und zur Eingliederung in Erwerbsarbeit notwendig sind. Die Betroffenen werden nicht mehr mit einer Vielzahl von Behörden konfrontiert. Das kann jetzt nach dem Willen der rot-grünen Bundesregierung und auch, weil die Union umgefallen ist, nur noch in 69 Kommunen geleistet werden.



Die Reform zeigt viele handwerkliche Fehler. Die Antragsbearbeitung ist aufwendig, mit der Software können derzeit nur einfache Standardfälle erfasst werden. Der Datenaustausch zwischen BA und Kommunen wird trotz gegenteiliger Vereinbarungen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gewährleistet. Zugangsberechtigungen zu dem ALG II-Programm der BA werden nicht in der notwendigen Menge bereitgestellt, der Zugriff ist zeitlich begrenzt und der Seitenaufbau dauert zu lange. Deshalb greifen einige Kommunen auf ihre eigenen Programme zurück, um wenigstens die Zahlungen für die Sozialhilfeempfänger sicherstellen zu können. Die erlaubten Hinzuverdienste sind zu gering und bieten nicht genug Anreize zur legalen Arbeitsaufnahme. Die geplanten Ein-Euro-Jobs dienen der Integration in den ersten Arbeitsmarkt genauso wenig wie

ABM und Ich-AG. Die über-58jährigen Arbeitslosen, die im Vertrauen auf einen Arbeitslosenhilfebezug bis zur Rente erklärt haben, keine Arbeit zu suchen, müssen zwar nicht mehr jede zumutbare Arbeit annehmen, sie beziehen aber zukünftig nur noch ALG II unter den entsprechenden Bedingungen.

Eine bessere Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen wird trotz des hohen Personalstandes bei der Bundesagentur für Arbeit noch nicht geleistet. Die zentralen Probleme der Arbeitsverwaltung sind die Vielzahl der Aufgaben, die mit der Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen nichts zu tun haben, aber auf Kosten der Beitragszahler finanziert werden. Andererseits stehen die unterschiedlichen Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sogar im Wettbewerb miteinander. Ein funktionierender Arbeitsmarktausgleich, der Transparenz bei Arbeitssuchenden und offenen Stellen schafft, und eine effiziente aktive Arbeitsmarktpolitik sind notwendige Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wenn Regierung und BA bei Hartz IV versagen, ist die Reformbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger auf Jahre hinaus gefährdet.

Dirk Niebel MdB (LV Baden-Württemberg) ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Zum Thema

Markt ist ein Bürgerrecht

von *Otto Lampe*

Die Behauptung, die FDP kümmerere sich zuviel um Marktwirtschaft und vernachlässige ihr bürgerrechtliches Profil, ist auch in eigenen Reihen hoffähig geworden. So etwa jüngst anlässlich des - verdienstvollerweise - von der Bundestagsfraktion in Berlin veranstalteten Liberalismuskongresses "Freiheit, Fairness, Chancen". Zuweilen hatte man den Eindruck, nur durch gleichzeitigen Einsatz für die "hehren" Bürgerrechte ließe sich liberales Engagement für den eher "schnöden" Markt rechtfertigen. Ist es so? Lassen sich die Freiheit des Bürgers und die Freiheit des Marktes nach moralischen Kriterien auseinander dividieren? Beruht nicht die These vom "Wandel durch Handel" auf der Erkenntnis, dass (demokratischer) Wandel nur durch (freien) Handel möglich wird? Waren es nicht kleine Marktnischen, nicht von der Zwangswirtschaft erfasst, die den Menschen in der DDR einen Hauch bürgerlicher Freiheit vermittelten?

In den Nachkriegsjahren wurde die Freiheit des Wirtschaftens zügig etabliert, andere Freiheitsrechte aber zunächst noch durch autoritäre Mentalität gebremst. Heute ist es umgekehrt: Die politischen Bürgerechte sind, auch dank liberalen Engagements, umfassend etabliert. Aber der Bürger sieht sich zunehmend staatlichen Eingriffen in seine wirtschaftliche Handlungsfreiheit ausgesetzt. Der Vormund entscheidet, wie die von den Bürgern erwirtschafteten Leistungen verteilt werden. Schattenwirtschaft, Steuerflucht und Massenarbeitslosigkeit sind nur einige Folgen. Es ist wahr: Eigentum verpflichtet. Aber dieser Sozialverpflichtung sollte die Eigentumsverpflichtung des Sozialstaats gegenüberstehen.

Während im Sport Wettkampf, Sieg und Niederlage als edle Prinzipien gepriesen werden, werden sie im freien Markt als herzlos, unmoralisch und ungerecht abgestempelt. Wo aber Marktmechanismen außer Kraft gesetzt werden, da steigt die Gefahr des Machtmissbrauchs. Der freie Markt ist ein höchst effizientes "Entmachtungsinstrument", er verhindert die Konzentration von Macht, ein unliberales Anliegen. Bürgerrechte und freier Markt sind nicht zwei Seiten derselben Medaille: Sie sind unteilbar. Auf der einen Seite stehen die Bürgerrechte, und zwar alle. Auf der anderen steht die Freiheit.

Dr Otto Lampe ist Mitglied im OV Otanienburger Tor

Zum Thema

Investition in Kultur

von *Anno Blissenbach*

Dass in Deutschland stärker in Bildung investiert werden müsse, ist nicht nur langjährige Forderung der FDP sondern wird inzwischen auch von den anderen parlamentarischen Parteien propagiert – zumindest in Sonntagsreden. Beim Montagshandeln indes regiert weiterhin der Rotstift. "Sachzwänge" und "Haushaltslage" lassen richtige Erkenntnis zum Lippenbekenntnis mutieren. Grundlage dieses Dilemmas ist: öffentliche Finanzmittel für Kultur und Bildung werden haushalterisch als "konsumtive Ausgaben" eingestuft. Nun schreibt die Verfassung vor, dass bei öffentlicher Kreditaufnahme die Höhe der investiven Ausgaben die der konsumtiven überschreiten muss. Insoweit ist die Definition, ob Ausgaben für Kultur und Bildung Investitionen oder Subventionen sind, von zentraler politischer Bedeutung.

Investition in Bildung und Kultur wird von derzeitigen Regularien als "Subvention" definiert – und somit behindert. Demgemäß sah das Kochsteinbrück-Subventionsabbaupapier ursprünglich drastische Reduzierungen der Kulturförderung vor. Es ist ein Verdienst der (parteilosen) Staatsministerin für Kultur und Medien, Dr. Christina Weiss, die o.g. Definition als sachlich falsch entlarvt sowie politisch erfolgreich in Frage gestellt zu haben. So erklärte Weiss bei der Pressekonferenz zum Kongress "Musikwirtschaft II" in Berlin: "Kulturförderung ist Investition, nicht Subvention". Auf Nachfrage des Autors bekräftigte sie, dies sei nun offizielle Haltung von Kanzler und Bundesregierung.

Weil Freiheit und Verantwortung für Liberale wie zwei Seiten einer Medaille sind, impliziert die FDP-Forderung von größerer Freiheit für Bildungs- und Kultureinrichtungen die FDP-Verantwortung für die Sicherung der erforderlichen öffentlichen Finanzmittel. Auf der Reformagenda der FDP muss insoweit ganz oben stehen, auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune) die Definition, dass Ausgaben für Bildung und Kultur "Investitionen" sind, in Gesetzen, Verordnungen und Ausführungsvorschriften zu verankern.

Anno Blissenbach (OV Wilhelmstadt) ist Stellv. Vorsitzender des LFA Schule, Volksbildung u. Sport sowie des LFA Kultur u. Medien

Aus dem Abgeordnetenhaus

Sucht-Prävention

von **Rainer-Michael Lehmann**



Die Diskussion um die Legalisierung von Haschisch wurde im letzten Jahr von der FDP forciert. In diesem Herbst stand die Frage über die Zukunft der Suchtprävention im Raum. Gut zwölf Monate brauchte Rot-Rot hinter den Kulissen, um sich darüber einig zu werden und nur durch unser Drängen kam das Thema im Oktober endlich auf die Tagesordnung. Das durchaus sinnvolle Senatskonzept wollten einzelne kurzsichtige SPD- und PDS-Abgeordnete nicht mittragen, weil sie um ihre Wähler im Bezirk fürchteten.

Das Ziel der Verwaltung ist es, die überholten Strukturen der Suchtprävention von Grund auf zu erneuern. Ein Vorhaben, das wir durchaus begrüßen, denn Berlin braucht eine effektivere Suchtprävention. Nicht nur das Einstiegsalter für Zigaretten- und Alkoholkonsum ist deutlich gesunken, auch der bewusste Umgang mit Alkopops und ähnlichen hochprozentigen Süßgetränken sind Themen, die in der Fläche bearbeitet werden müssen.

Die bislang sieben überwiegend Kiez orientierten Jugendprojekte mit Schwerpunkt Suchtprävention sollen nun zugunsten einer Fachstelle für Suchtprävention geschlossen werden. Verständlich ist der Aufschrei dieser Projekte sicherlich. Doch darf man eines nicht vergessen, sechs dieser Projekte erreicht nur circa 50 bis 100 Jugendliche. Mit der neuen Fachstelle wird die Arbeit in die Fläche vor allem über die Schulung von Multiplikatoren wie Lehrer und Ausbildern geleistet werden.

Kritisch ist jedoch die Finanzierung, die nicht ausreichen wird, um den hohen Anforderungen gerecht werden zu können. Hier fordern wir Senat und neuen Träger auf, Drittmittel, möglicherweise auch bei den Produzenten, zu akquirieren. Bei all dem Rot-Roten Chaos ist es uns letztendlich gelungen, dass zwei der von den Schließungen betroffenen Projekte in der Übergangszeit die Mittel eingeräumt werden, um ihr Know-How für die spätere Fachstelle in Curricula zu dokumentieren. Somit konnten wir durchsetzen, dass ein Wissenstransfer garantiert ist und jetzt vorhandenes Know-How nicht später zu Lasten des Steuerzahlers teuer eingekauft werden müsste.

Rainer Michael Lehmann MdA (BV Nord-Ost) ist stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion

Aus der Landespartei

Advent, Advent ...

von **Gaby Heise**



Den Samstag vor dem 1. Advent verbrachten viele Mitglieder der FDP nicht in Warteschlangen vor Kaufhauskassen oder vor Glühweinbuden auf dem Weihnachtsmarkt, sondern auf dem Landesparteitag.

Bevor die Delegierten in die Antragsberatung über den vom Landesvorstand eingebrachten Leit Antrag „Berliner Freiheit“ und die dazu vorgelegten Änderungsanträgen einstiegen, wies der IHK-Präsident Eric Schweizer in seinem Grußwort auf die drängendsten Probleme der Berliner Wirtschaft hin. Seine Rede war Wasser auf die Mühlen eines jeden Liberalen. Im nachfolgenden Bericht aus der Abgeordnetenhausfraktion bekannte deren Vorsitzender, Dr. Martin Lindner, in Anspielung auf ein vor dem Parteitag enthülltes Plakat, das unter der Überschrift „Genug Genossen“ eine Champagnerflasche und einen roten Pumps zeigte, dass er weder dem edlen Getränk noch roten Damenschuhen abgeneigt sei, insbesondere, wenn in letzteren schöne Beine steckten. Über die Reaktion der frauenpolitischen Sprecherin der Fraktion, Mieke Senftleben, ist bis zur Stunde nichts bekannt....

Die anschließende, fast siebenstündige Antragsberatung verlief durchweg konstruktiv und an der Sache orientiert. Am Ende beschlossen die Delegierten einstimmig die „Berliner Freiheit“. Die Idee zu dieser Programmschrift ebenso wie ihr unverändert gebliebener erster Teil stammen von Günter Rexrodt. Leider hat er ihre Beschlussfassung nicht mehr erleben dürfen. Ich bin mir sicher, er wäre stolz auf den Berliner Landesverband gewesen. Viele Parteifreunde, Gliederungen und Fachausschüsse haben sich nicht nur im Vorfeld, sondern auch auf dem Parteitag aktiv und sehr konstruktiv an der Diskussion über den richtigen Weg für Berlin beteiligt.

Dank der hervorragenden Vorarbeit der Antragskommission unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landesvorsitzenden, Alexander Pokorny, konnten die mehr als 100 Änderungsanträge zügig abgearbeitet werden. Am Ende des Parteitages steht ein ehrgeiziges, zukunftsweisendes liberales Programm für unsere Stadt. Es ist nun an uns allen, die Umsetzung dieses Programmes voranzutreiben. Aber zunächst heißt es: Advent, Advent.....

Gabriele Heise (OV Friedrichstadt) ist stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP

Berichte aus Mitte

Strandbar Mitte gesichert

Henner Schmidt für die BVV-Fraktion

Die Strandbar am Monbijoupark bleibt erhalten. Gegen die Stimmen der Grünen hat die BVV das Bezirksamt aufgefordert, auch nach dem Bau der Uferpromenade einen Platz für die Strandbar zu schaffen. Die Grünen waren der Meinung, dass es schon genug Gastronomie in der Gegend gäbe, während wir als FDP die Strandbar als etwas besonderes und erhaltenswertes ansehen. Unser langer Einsatz für die Strandbar hat sich damit wirklich gelohnt.

Jobcenter-Geschäftsführung

Unser Antrag, die Geschäftsführung des Jobcenters (also der Hartz-IV-Stelle) durch den Bezirk und nicht die Agentur für Arbeit zu besetzen, wurde nicht nur beschlossen sondern bereits umgesetzt. Wir erhoffen uns dadurch eine kompetentere und effektivere Gestaltung der Abläufe im Jobcenter.

FDP-Präsenz in der Müllerstrasse

Die FDP-BVV-Fraktion und der Ortsverband Wedding in Gestalt der Parteifreunde Loßmann, Nowakowski und Wiehle haben in einer gemeinsamen Aktion die Gewerbetreibenden in der Müllerstraße besucht. Dabei konnten wir die schwierige wirtschaftliche Lage vor Ort erfahren und die Probleme der Ladenbetreiber aufnehmen. Diese werden durch das Bezirksamt durch zum Teil unnötige Bürokratie gegängelt. Die Ladenbesitzer äußerten auch Befürchtungen vor der Entwicklung von Parallelgesellschaften im Wedding, ein Thema, dem wir uns ja bereits seit einiger Zeit widmen. Vielen Dank von der Fraktion an den OV Wedding für die engagierte Unterstützung der Aktion.

Und wieder einmal Bäume ...

Das Thema Bäume, letzten Monat noch bei der CDU, wurde diesen Monat durch die PDS weitergeführt, die einen sofortigen Stopp aller Baumfällungen verlangte („jeder Baum muss eine heilige Kuh sein“ - auch sprachlich keine Glanzleistung). Dies ist natürlich nicht machbar, da viele Baumfällungen zur Abwendung von Gefahren durch nicht mehr standfeste Bäume kommen. Wir sind gespannt, wer im Dezember das Baumthema besetzt.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

Neumitglieder-Abend

von Michael Vodnitskiy

Als einem neuen Mitglied der Berliner FDP ist es mir besonders angenehm, über eine ganz besondere Veranstaltung berichten zu dürfen.

Am 1. Dezember 2004 fand der Neumitgliederabend des Bezirksverbandes Berlin-Mitte im Neuen Stadthaus in der Parochialstraße statt. In einem schönen ovalen Saal sammelten sich der Ehrung der „frischgebackenen Nachwuchspolitikern“ halber die führenden Persönlichkeiten des Bezirksverbandes. Unter dem Vorsitz von Stellvertretenden Vorsitzenden Peter Pawlowski haben sie über die Struktur und die Lage der Ortsverbände in Mitte ausführlich und kompetent berichtet. Der Fraktionsvorsitzender Henner Schmidt machte uns mit dem Zweck und den Aufgaben der BVV-Mitte vertraut und schlug sofort vor, uns der Arbeit in der Fraktion anzuschließen. Eine große Beihilfe leistete mit dem Bericht über das Engagement in der Partei der Chefredakteur vom Liberal Central und Mitglied des Bezirksvorstandes Nils Augustin.

Im Laufe des gut zwei Stunden dauernden offiziellen Teils konnten immer noch nicht alle Fragen der Neumitglieder beantwortet werden. Nach der Umsiedlung ins in der Nähe liegende Restaurant „Zur letzten Instanz“ ging das lebhaftes Gespräch weiter. Als eine Krönung des gelungenen Abends stieß zu uns der direkt aus einer Dienstreise kommende Bezirksvorsitzender Harald Berzl.

Ich will im Namen aller Neumitglieder den Organisatoren der Veranstaltung für Ihre Aufmerksamkeit und Sorge ganz herzlich danken. Dieser gute Anstoß wird uns an unserem liberalen Weg in der Partei ständig begleiten.

NGO versus Partei

Maren Jasper vom OV Oranienburger Tor

Zwei Kontrahenten trafen sich am 10. November 2005 im Boxring des Ortsverbands Oranienburger Tor: Nicht-Regierungsorganisation (NGO) gegen Partei traten gegeneinander an und maßen die Kräfte. Georg Friedrichs (OV OT) hatte zwei Diskutanten eingeladen, um Vor- und Nachteile beider Organisationsformen zu erörtern. Matthias Wolfschmidt von der Organisation „foodwatch“ berichtete von den Vorzügen

gen einer NGO und wurde kritisch von seinem „Sparting Partner“ Alexander Pokorny (stelly. Landesvorsitzender FDP Berlin) hinterfragt.

Wolfschmidt, der durch jahrelange Arbeit als Referent im Bundestag die Arbeit einer Partei aus der Westentasche kennt, gab einen interessanten Einblick in die Tätigkeit seiner Organisation. Sie kümmert sich um die Belange der Bürgerinnen und Bürger in puncto Ernährung und versucht Transparenz über die Zusammensetzung von Lebensmitteln herzustellen. Durch aufsehenerregende Werbeaktionen hat sich die Organisation, die von dem ehemaligen Greenpeace-Chef, Thilo Bode, ins Leben gerufen wurde, bekannt gemacht: so ist zum Beispiel das Unternehmen Mc Donalds durch Flugblätter auf Rindfleisch, das von mit Genmais gefütterten Tieren stammen kann, ohne, dass der Verbraucher dieses weiß, angesprochen worden.

Pokorny räumte ein, dass sich Parteien – auch die FDP – bezüglich professioneller Werbekampagnen, wie sie Wolfschmidt schilderte, eine Scheibe abschneiden könne. Die entscheidende Frage sei aber, dass letztlich die Parteien die politischen Entscheidungen trafen. Die Nicht-Regierungsorganisationen müssten sich, um ihre Ideen durchzusetzen an einen parlamentarischen Ansprechpartner wenden. Am Ende seien es die Parteien, die in der Verantwortung stünden.

Die Statements der zwei Referenten wurden insbesondere unter der Fragestellung diskutiert, ob es für die Bürgerinnen und Bürger, nicht viel attraktiver sei, sich einer NGO anzuschließen. Keine Ochsentour, bevor eigene Ideen umgesetzt würden, kein „Parteidünkel“ und eine stärkere Glaubwürdigkeit wurden als Gründe genannt. Selbstkritisch setzten sich die Mitglieder mit der eigenen Partei auseinander. Aber auch das Abkassieren öffentlicher Gelder durch einige NGOs wurde angesprochen.

Würde des Alters

Udo von Massenbach vom OV Wilhelmstadt

Ich gestehe, ich war überrascht, als mich Violetta Hartmann während der Veranstaltung des OV Wilhelmstadt mit Dr. Irmgard Schwaetzer fragte: „Hast Du Lust für Liberal Central zu schreiben?“ Frau Dr. Schwaetzer befand: „Sehr gut. Dann werden mehr Zeilen zum Thema – Alt und Jung – berücksichtigt werden.“

Das Thema des Abends war das Thema von Frau Dr. Schwaetzer, um das Thema ‚Generationen‘ im liberalen Verständnis wieder aufzuru-

fen, zu aktualisieren und in den Vordergrund zu stellen. ‚Würde des Alters‘ steht für sie dabei aus gutem Grund vorn, das Alter bewusst ohne Jahr, aber immer in der Betrachtung eines liberalen Verstehens vom Menschen, einer zutiefst sozialen, menschlichen Einstellung. Den Applaus des LPT Berlin hatte Frau Dr. Schwaetzer zu Recht verdient.

Der Abend an neuem Ort verlief harmonisch und zeigte die Zielrichtung und den Nutzen dieser grundlegenden Findung zur ‚Berliner Freiheit‘ auf. Wir müssen wissen, was wir sind, dann wissen unsere Wähler, was wir wollen. Das Gespräch musste Grundsätzliches nicht mehr behandeln, war Austausch von Erfahrungen insbesondere zu den Möglichkeiten von Liberalen, im eigenen Feld präsent zu sein, Lösungen zu finden, die Sache der Allgemeinheit zu vertreten. Politik mit dem mündigen Bürger führt zum gedeihlichen Zusammenleben. Ein guter Start für den Landesparteitag Berlin.

Der Blick auf das Jahr 2004 weist auf das kommende Jahr. Der Vorstand des OV Wilhelmstadt wünscht an dieser Stelle allen Lesern Weihnachtstage, die Zufriedenheit spenden, und einen Start in das Jahr 2005 mit Optimismus und hellwachem Verstand. Der Dank gilt den Hilfen des Wahlkampfes unter widrigen Wetterern. Der Dank gilt den Teilnehmern der beachtenswerten Veranstaltungen mit A. Ritzmann, Mda, (Thema: Terrorismus und Innere Sicherheit), Mieke Senftleben, Mda, (Thema: Schule und Sport), dem Baby-Boom im OV.

Zum Schluss: Machen Sie mit bei der Befragung zur Gestaltung der OV-Arbeit!

Grün ist eher uncool

Christoph Santl für die JuLis Mitte

Die JuLis Mitte planen im Dezember eine erste Veranstaltung, die sich um das Thema „Die Grünen“ drehen soll. Gerade in der für die JuLis wichtigen Wählergruppe sind die Grünen äußerst stark. Wahrscheinlich liegt es an ihrem Image, denn programmatisch haben sie zu viele Schwachpunkte. Wir wollen diese programmatischen Schwächen aufdecken, um Leuten in unserem Alter zu zeigen, dass Die Grünen doch nicht so „cool“ sind, wie es auf den ersten Blick scheinen möge. Zunächst nehmen wir Die Grünen in unserem Bezirk „unter die Lupe“. Dazu wird uns voraussichtlich Henner Schmidt Input geben. Vorstellbar ist auch eine gemeinsame Aktion mit der FDP Mitte zu diesem Thema.

Personalien

(au) Der Wahlkampf-Aspekt mag ihr bekannt vorgekommen sein, die spirituellen Seiten ihrer neuen Tätigkeit hingegen findet man in der FDP eher selten: Die Vorsitzende der Liberalen Senioren Berlins, **Irmgard Schwaetzer**



(Foto, Friedrichstadt), wurde – übrigens mit dem besten Ergebnis aller Kandidaten – ins Kollegium der Dom-Gemeinde zu Berlin gewählt. Besonders freuen dürfen sich zahlreiche Liberale aus Mitte, die auch Mitglied der Dom-Gemeinde sind, etwa der Bezirksvorsitzende **Harald Berzl** und der Vorsitzende der BVV-Fraktion **Henner Schmidt** (beide Friedrichstadt).

(au) **Oliver Knipping** (OT), Vorsitzender des Instituts für Unternehmerische Freiheit, war am 10.11. Teilnehmer der Diskussionsrunde in der angesehenen und reichweitenstarken Polit-Talk-Sendung „Hart aber fair“ des WDR. Solidarität lasse er sich nicht vorschreiben, erklärte Knipping, auch seien Zwangsabgaben und Neiddebatten typisch deutsch - und hülfe keinem Armen. Ausweislich der Texte im Internet-Forum der Bundes-FDP war Knippings Auftritt vorzüglich, „beeindruckt von seiner Sachkenntnis und Sachlichkeit sowie seiner Überzeugung zur liberalen Wirtschaft“ zeigten sich die Teilnehmer, und selbst das Wort „Genie“ durfte man lesen.

(au) Am 13.11. haben die FDP-Bundestagsfraktion und die FDP-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz im Kongresszentrum am Alexanderplatz den „Liberalismus-Kongress 2004“ veranstaltet, 300 Liberale beteiligten sich am lebhaften Gedankenaustausch. Als Eröffnungsredner forderte der frühere Bundesinnenminister **Werner Maihofer**, Mitverfasser der Freiburger Thesen, eine Abkehr vom Klientelismus und mehr Aufmerksamkeit für den Sozialstaat; Parteichef **Guido Westerwelle** (NRW) identifizierte „das, was in den Niederlanden passiert“, als „die neue Bedrohung des Liberalismus“. In Zukunft werde der gesellschaftliche Liberalismus in der FDP deshalb „viel mehr gefragt sein als in den vergangenen Jahren“. Aus Mitte waren unter anderem **Axel Bierer**, **Torge Hamkens**, **Otto Lampe**, **Christian Platzer** und **Annett Witte** (alle OT) dabei, aber auch der ins Rheinland heimgekehrte ehemalige Beisitzer im Bezirksvorstand Mitte **Max Findeisen** (NRW), dessen weilandiger Rücktritt in historischer Perspektive den Auftakt zu dem Personalkarussell bildete, welchen das Gremium in den vergangenen fünfzehn Monaten erleben durfte.

(au) **Sebastian Nowakowski**, Ortsvorsitzender im Wedding und ehemaliger Landesvorsitzender der Jungen Liberalen, hat jüngst seinen Wohnsitz nach Friedenau verlegt – und wird noch vor Beginn der Saison von Jahreshauptversammlungen im Januar in seinen neuen Domizil-Ortsverband wechseln. Als Nachfolgerin im Ortsvorsitz Wedding wird allgemein Nowakowskis Stellvertreterin **Bettina von Seyfried** erwartet, die auch stellv. Sprecherin des Bezirksausschusses Mitte ist.

(au) Vorausschauende Liberale wissen die Zeit zwischen den Wahlkämpfen für die Nachwuchspflege zu nutzen. Während die Tochter von **Tim** und **Bettina Stuchtey** (beide Tiergarten) bereits erste Erfahrungen auf einem Landesparteitag sammeln durfte, ist die Konkurrenz um den Landesvorsitz 2044 bereits auf dem Weg: Sowohl **Enno** und **Jana Liebscher** (beide Nord-Ost) als auch **Dietmar** und **Gaby Heise** (er: Nord-Ost, sie: Friedrichstadt) erwarten die Geburt ihrer jeweiligen Sprösslinge im März des kommenden Jahres.

(au) **Maren Jasper** (Oranienburger Tor), Mitglied im Landesvorstand, trägt jetzt eine Brille, was den über die Bezirksgrenzen geschätzten Charme der Jungakademikerin durchaus unterstreicht. Nach eigenen Angaben sieht sie die Welt nun ganz klar – und überrascht ihren Parteifreund und Bezirksvorständler **Nils Augustin** (ebenfalls OT) mit einem unerwarteten Aspekt: „Ich kann sogar in Deine Seele blicken.“

(au) Nach trefflichen Leistungen im Landtags-Wahlkampf des Saarlandes von dort empfohlen wirkt **Martina Rozok** (Wilhelmstadt) nunmehr als Sprecherin von **Alexander Alvaro** MdEP (NRW) in Brüssel. In der Europa-Stadt trifft sie auf **Jonny Winter** (OT), der für **Silvana Koch-Mehrin** MdEP (Baden-Württemberg) tätig ist.

(au) Auf einen Zeugen, dem nur wenige maßlose Privatisierungsneigung vorwerfen werden, kann sich der gesundheitspolitische Sprecher der Berliner FDP, **Hans-Peter Schlaudt** (Steglitz-Zehlendorf), nunmehr berufen: „Verdi hat eine Studie zur Privatisierung von Kliniken erstellen lassen. Darin werden als positive Effekte der Privatisierung auch die ‚Verbesserung der Managementstrukturen‘ festgehalten. Entscheidungen würden schneller gefällt, Arbeitsplätze gesichert, Kosten gesenkt und notwendige Investitionen ausgeführt. Die Untersuchung zeigte außerdem, dass Private kaum Beschäftigte entlassen. Privatisierung verbessert die Managementstrukturen - aber leider schützt vor der Professionalisierung noch der politische Filz von SPD und PDS.“

Leserbriefe

Gunnar Bergmann

Hallo liebe FDP in Berlin-Mitte, ich habe ihre Zeitung im Internet gefunden und möchte Ihnen mein Kompliment aussprechen – eine so ansprechend gemachte Parteizeitung habe ich noch nicht gesehen.

Gewählt habe ich die FDP zwar noch nie, bin auch Sympathisant einer anderen Partei, aber immerhin ist es Ihnen – wie schon durch Ihr Eintreten für eine Cannabis-Legalisierung – gelungen, mein eigentlich ausgesprochen negati-

ves Bild Ihrer Partei ein wenig aufzuhellen.

Gespannt bin ich aber, ob Sie das mit Filz und Korruption noch genauso sehen, wenn sie mal wieder an die Futtertröge dürfen.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
augustin@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Liberales Unternehmen in Mitte: **Madeleine Voigt** (OV Oranienburger Tor)



Madeleine Voigt ist kreativer Kopf der Mode- und Designfirma mvd. Die diplomierte Modedesignerin und Modellmacherin gründete die Firma vor zehn Jahren in Hannover, seit 2003 hat sie ihren Sitz in Mitte. Neu-Berlinerin Voigt selbst ist schon seit 1998 in Berlin aktiv – zur beruflichen Qualifizierung, für Auftraggeber und als Initiatorin der Berlin-Brandenburger Sektion sowie zeitweilige Geschäftsführerin des Verbandes Deutscher Mode- und Textildesigner (VDMD). Produktions-Know-how sammelte sie in leitenden Stellungen u.a. bei BOSS und Ahlers, Medienluft schnupperte sie mehrere Jahre bei Sat.1 Niederachsen. Ihre Erfahrungen bei Existenzgründungen, im Mode- und Textildesign, speziell bei computergestützten Bekleidungsentwürfen, sowie moderner Mode-Produktion setzt die passionierte Joggerin inzwischen auch bei Coaching-Projekten erfolgreich um. Besonders engagiert sich Madeleine Voigt bei der Vernetzung und Förderung der Modedesigner in Berlin-Brandenburg. Ihre Vision: Durch intelligente Unterstützung und neue Formen von Public-private-Partnerschaften die kreative Szene auch wirtschaftlich zum Erfolg zu führen. Das sei, so die engagierte FDPlerin, ein wertvoller Beitrag zum verbesserungswürdigen Standort- und Stadtmarketing der deutschen Metropole. Kein Wunder, dass die alleinstehende Mutter dreier erwachsener Kinder sich mit voller Power bei der Debatte um die „Berliner Freiheit“ einbringt.

Liberales Unternehmen in Mitte: **Ingo Kamps** (OV Friedrichstadt)



Ingo Kamps, geboren 1976 in Nordhorn in Niedersachsen, ist geschäftsführender Gesellschafter der cayada GmbH, die im Jahr 2004 aus seinem Einzelunternehmen hervorgegangen ist. Der Fokus von cayada liegt auf der Erstellung und Betreuung kompletter Internet- und E-Commerce-Präsenzen, deren Bereitstellung für verschiedene Kanäle (Online, Mobile, Organizer) und auf allen Facetten des Online-Marketings. Zum Kundenstamm gehören neben verschiedenen Unternehmen auch Einzelpersonen (z. B. Tennisprofi Tommy Haas). Nach seinem Studium arbeitete Ingo Kamps für die Nintendo of Europe GmbH und wechselte mit seinem Umzug nach Berlin zum damals reichweitenstärksten Online-Radio „dasWebradio.de“. Seit 2001 ist Ingo Kamps Mitglied der Berliner FDP, 2003 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ortsverbandes Friedrichstadt gewählt. Sein politisches Interesse gilt der Wirtschaftspolitik, im Besonderen der Ansiedlung neuer Medien- und Industrieunternehmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Berlin und in Mitte.

Termine

Dezember 2004

- 07.12 18.00h OV Friedrichstadt: **Weihnachtsfeier** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
07.12 19.00h OV OT: **Weihnachtsfeier** – Gast: Markus Löning – bei der Canitzgesellschaft e. V. (Albrechtstr. 14E)
09.12 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im Neuen Stadthaus, BVV-Saal (Parochialstr 1-3) – Gast: Markus Löning (angefragt)
12.12 15.00h OV Tiergarten: **Weihnachtsfeier** – Treffpunkt Moabiter Brücke beim Eingang zum Spielplatz (Nähe S-Bhf. Bellevue). Spaziergang durch das historische Moabit unter fachkundiger Führung. Ab ca. 16.30h Essen im “Weltenbummler” (Alt-Moabit 108a)
14.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
15.12 20.00h OV Wedding: **Weihnachtsfeier** – Info unter sebnow@aol.com
16.12 17.30h **BVV-Plenums-Sitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstraße 1-3), Otto-Suhr-Saal

Januar 2005

- 05.01 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessentreffen** – Infos auf www.julis-mitte.de
11.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
12.01 19.30h OV Wedding: **Jahreshauptversammlung** im Rathaus Wedding, Dillenburg-Saal
26.01 19.30h BV Mitte: **Liberaler Stammtisch Mitte** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
29.01 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalle (Krefelder Strasse 6)

Februar 2005

- 02.02 20.00h JuLis Mitte: **Jahreshauptversammlung** – Infos auf www.julis-mitte.de

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Die Arbeitsweise der Orts-Verbände in Mitte

Allgemeine Mitglieder-Treffen veranstalten alle fünf Ortsverbände: Friedrichstadt und Tiergarten mit fixem Termin und fixem Ort einmal im Monat, die anderen unregelmäßig: Oranienburger Tor etwa einmal im Monat, Wilhelmstadt etwas seltener, Wedding etwa dreimal im Jahr.

Als Mitgliederversammlung im formellen Sinne organisiert und damit auch für Anträge und Beschlüsse geeignet sind die Treffen von Friedrichstadt, Oranienburger Tor, Wedding und Wilhelmstadt – Tiergarten trifft sich informell zum „politischen Brunch“.

In Friedrichstadt ist beim Treffen Aussprache üblich, ein referierender Gast ist selten. In Tiergarten, Wedding und Wilhelmstadt ist oft ein offizieller Gast geladen, ansonsten Aussprache. In Oranienburger Tor finden alle Treffen mit Gast und Thema statt, Aussprache ist weitgehend unüblich.

Unter den **Orts-Vorständen** trifft sich Tiergarten mit fixem Termin und fixem Ort einmal im Monat, die Sitzungen sind für alle Mitglieder öffentlich. Letzteres gilt auch im Wedding, dessen Vorstand sich unregelmäßig etwa einmal im Monat trifft. Die anderen Orts-Vorstände tagen nicht-öffentlich: Friedrichstadt regelmäßig vor der Mitgliederversammlung, OT und Wilhelmstadt unregelmäßig.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.